

PRESSEMITTEILUNG**Freie
Demokraten**
Sachsen-Anhalt **FDP**

DR. FABIAN HORN: DIE BAFIN BRAUCHT EINEN NEUANFANG ... - IN HALLE!



Veröffentlicht am 31. Januar 2021

Tags: [Bafin](#), [Dr Horn](#), [Halle](#), [Wirecard](#)

Zum Rücktritt des Bafin-Chefs Hufeld und weiterer Mitglieder der Bafin-Führungsebene äußert sich Dr. Fabian Horn, FDP-Direktkandidat für die Bundestagswahl im Wahlkreis 69 (Magdeburg-Schönebeck): "Der Rücktritt des Bafin-Chefs Hufeld und weiterer Mitgliedern der Führungsebene ist nicht genug. Die Bafin, die im Wirecard-Skandal völlig versagt hat, braucht einen grundlegenden Neuanfang. Dabei sollte auch eine regionale Umorientierung in Betracht gezogen werden. Die Stadt Halle bietet dafür hervorragende Standortbedingungen.

Derzeit sitzt die Bafin noch in Bonn und in Frankfurt am Main. Dort liegt die Gehaltsstruktur des öffentlichen Dienstes weit unterhalb derjenigen der Privatwirtschaft. Es bestehen für die Beschäftigten der Bafin deshalb massive Anreize, die zu beaufsichtigenden Unternehmen möglichst sanft zu regulieren, um möglicherweise einen Karrierewechsel in diese Unternehmen, bei besserer Bezahlung, zu erreichen. Im Wirecard-Skandal hat die Bafin mit dem Leerverkaufsverbot die mutmaßlichen Betrüger sogar noch unterstützt – und damit völlig falsch reagiert.

PRESSEMITTEILUNG**Freie
Demokraten**Sachsen-Anhalt **FDP**

Deshalb braucht es einen grundlegenden Neuanfang. Mit einem Umzug nach Halle ließen sich gleich mehrere bedeutende Veränderungen herbeiführen. Das dort ansässige Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle verfügt über eine herausragende Expertise in den Bereichen Finanzmarktforschung und Regulierung von Faktormärkten. Exzellente Absolventen der Universitäten Magdeburg, Leipzig, Halle, des Central German Doctoral Programme in Economics und des IWH Doctoral Programme in Economics sowie die gute Verkehrsanbindung sprechen für Halle als Standort der neuen Bafin. Von dort aus sind die großen Finanzunternehmen weit genug weg, um personelle Verquickungen zu vermeiden. Damit würde ein wichtiger Beitrag zur Erreichung stabiler Finanzmärkte geschaffen und gleichzeitig der eklatanten Benachteiligung Ostdeutschlands bei der Verteilung von Bundesbehörden entgegengewirkt."